

19.12.2013

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der Fraktion der CDU

Rundfunkbeiträge: Landesregierung muss sich für Senkung einsetzen (Drs 16/4581)

Rundfunkbeiträge: Landesregierung muss sich für schrittweisen Ausstieg aus der Werbung, Bereinigung von besonderer Belastung und Beitragssenkung einsetzen

I. Ausgangslage

Nach dem seit dem 1. Januar 2013 gültigen Modell der Rundfunkbeiträge zahlt jeder Haushalt in Deutschland einen Rundfunkbeitrag von 17,98 Euro im Monat. Bei Gewerbetreibenden und Kommunen richten sich die Beiträge nach der Anzahl der Betriebsstätten und Fahrzeuge.

Den heute von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) vorgelegten Zahlen folgend liegen die Einnahmen für den Beitragszeitraum von 2013 bis 2016 bei etwa 1,145 Milliarden Euro über dem von den Rundfunkanstalten prognostizierten, beziehungsweise als Bedarf angemeldeten Wert.

Auf Grundlage der von der KEF vorgelegten Ergebnisse und des gemeldeten Finanzbedarfs von ARD, ZDF und Deutschlandradio werden nunmehr die Länder eine schnellstmögliche Evaluierung durchführen – so wie dies die Länder in der Protokollnotiz zur Umstellung des Beitragssystems vereinbart haben.

Gleichfalls stellen die Länder in der gemeinsamen Protokollnotiz fest:

„Auf der Basis des 19. KEF-Berichts und der aktualisierten Zahlen soll auch die Frage der Werbung und des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Rundfunk entschieden werden. Dabei soll auch die Frage einer stufenweise weiteren Reduzierung behandelt werden.“

Datum des Originals: 19.12.2013/Ausgegeben: 19.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Beschluss

Vor dem Hintergrund der Protokollnotiz und der von der KEF vorgelegten Berechnungen fordert der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung auf, die Mehreinnahmen, die sich aus dem aktuellen Entwurf des KEF-Berichtes ergeben, für nachfolgend aufgeführte Punkte einzusetzen:

- die schrittweise Einführung der Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
- die Entlastung von besonders von der Beitragsumstellung betroffenen Gruppen auf Basis der Ergebnisse der Evaluierung und
- eine allgemeine Beitragssenkung.

Norbert Römer
Marc Herter
Nadja Lüders
Alexander Vogt

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Oliver Keymis

und Fraktion